

# Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4geSp. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

**Dem Verbands ein neues Mitglied zu gewinnen, muß das Bestreben jedes Einzelnen in den kommenden Wochen sein.**

**➔ Vergeßt die Jugend nicht! ➔**

## Weltwirtschaft u. Sozialdemokratie.

In dem Wettstreit um die Eroberung der Vormachtstellung im Wirtschaftsleben hat unser deutsches Vaterland in den vergangenen fünf Jahrzehnten sich mit beispielloser Energie behauptet. Die manchesterliche Wirtschaftsmethode steht noch heute ihren Triumphzug fort und die Begründer derselben können Regionen von zufriedensüchtigen Unternehmern und Spekulanten überblicken, deren Intelligenz oder Raffinesse hinreichend Objekte für ihre Zwecke gefunden.

Die Volkswirtschaft trägt in unserer Zeit eigentümlich mit Unrecht diesen Namen, denn die Völker aller Zonen treiben Weltwirtschaft in einem Umfange, der dem sechsten Bürger meist nicht recht zum Bewußtsein kommen kann. Viele unserer tagtäglichen Verbrauchsartikel kommen nach langer Reise auf riesenhaften Ozeandampfern und Frachtglügeln endlich in dem kleinen Lädchen des Dorfsträmers und in dem bescheidenen Haushalt an den eigentlichen Bestimmungsort. Eine kleine Betrachtung über das Ineinandergreifen von tausenderlei Voraussetzungen und Notwendigkeiten, die bis zur Versorgung des Einzelnen mit den verschiedenartigen Bedürfnissen wirksam sein müssen, ist für jederman lehrreich und nützlich. Wir haben uns so sehr an die Bequemlichkeit der gegenwärtigen Einkaufsformen gewöhnt, daß wir dieselben als selbstverständlich hinnehmen und die geringste Störung im gewaltigen Organismus des weltwirtschaftlichen Uhrwerks umso schwerer empfinden. Wir kaufen Salz und Pfeffer, Tee und Kaffee, Orangen und Zitronen und unzählige Lebensmittel an jeder Straße in der Stadt und bewundern daneben in luxuriös ausgestatteten Kaufhäusern Perser-Teppiche, kostspielige Gewebe und Stoffe aus fernen Weltteilen, ohne uns bewußt zu werden, daß dieses alles nur zu einem Bruchteil in unserem Vaterlande wächst, bezw. hergestellt wird. Der einfachste Arbeiter benötigt schließlich tagtäglich Produkte aus allen fünf Weltteilen — ohne es zu wissen.

Wir haben nicht die Aufgabe und auch nicht die Absicht an dieser Stelle zu untersuchen, in welchem Maße der Weltmarkt den Ansprüchen der oberen Sehtausend an eine luxuriöse Lebensweise zu Hilfe gekommen ist. Daß nach dieser Richtung die höchste Stufe des Fabelhaften erreicht ist, wollen wir indessen wünschen und hoffen, im Interesse derer, die Not leiden.

Diese Gegenüberstellung führt uns zu dem Zweck unserer Ausführungen. Die Sozialdemokratie spricht mit Vorliebe von der fortschreitenden Verelendung der Massen und der wachsenden Gewaltmacht der Unternehmer. Die letztere in Abrede stellen zu wollen, haben wir allerdings nicht nötig, wenn wir andererseits die Rebe von dem wachsenden Elend in der Arbeiterbevölkerung

widerlegen und als einfache Agitationsklüge entlarven wollen.

Die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften haben den politischen Agitatoren in dieser Beziehung schon manches Schnippchen geschlagen, indem sie in berechneten Zahlen die Aufwärtsentwicklung des Arbeiterstandes nachweisen konnten. Es muß aber doch auf einen überzeugten Anhänger der Verelendungstheorie wie ein kaltes Bad wirken, wenn in den jeweiligen Jahresberichten der einzelnen Verbände von Arbeitszeitverkürzungen und Löhnerhöhungen berichtet wird, die dartun, daß der Berufsverband seinen Zweck erfüllt hat.

Die Einkommensverhältnisse der Arbeiter sind dank der gewerkschaftlichen Tätigkeit so verbessert worden, daß sie den erhöhten Ansprüchen an die Lebensweise gerecht werden können.

Auch für den Arbeiter ist die Entwicklung unserer Volkswirtschaft ebenso bedeutungsvoll, wie für Angehörige anderer Stände. In recht verlogener Weise berichtet die rote Presse tagtäglich von den unerträglichsten Lasten, die durch das bürgerliche Allerweltsübel, die kapitalistische Wirtschaftsweise, dem arbeitenden Volke auferlegt werden. In ihrem blinden Eifer fordert sie dann die Degimierung der Kriegsflotte, die zum Schutze unserer mächtigen Handelsflotte gebaut ist und von deren Tätigkeit wir in der Zeit der Weltwirtschaft alle mehr oder minder abhängen. Mit Befriedigung kann man feststellen, daß Deutschland nicht so sehr wie z. B. England auf die Kolonialprodukte angewiesen ist. Jedenfalls hängt unsere ganze Großindustrie von der Lage im Weltmarkt ab und gerade in der Großindustrie sind Millionen deutscher Arbeiter beschäftigt und sind froh, daß sie ungestört ihrem Verdienst nachgehen können. Die gegenwärtige Lebensmittelpreiserhöhung, soweit sie auf die allgemeine Dürre des vergangenen Sommers zurückzuführen ist, mühte geradezu die Formen einer Hungersnot annehmen, sobald das sozialdemokratische Geschrei: „Degimierung der Kriegsflotte“ Erfolg hätte, denn nur ein Kinder kann glauben, daß unsere zahlreichen Reider unsere Handelsflotte mit den Erzeugnissen der fernen Länder passieren lassen, wenn nicht der Schutz starker Panzer und riesiger Feuereschiffe hinter ihnen stände.

Es entspricht ganz der naiven Auffassung der Bierbrentpolitiker, wenn die rote Presse — angelehnt im Interesse der deutschen Arbeiter — die Riesenausgaben für den Schutz des Vaterlandes als wagemomrenes Geld einschätzt und von Zuständen phantastischer, die solche Lasten unnötig machen. Ja, wenn auch in der Brust unserer Mitmenschen in anderen Ländern die selbstlosen Gefühle eingezogen sind, die Bebel allen Menschen zurtraut, die aber die Genossen in erster Linie nicht haben,

dann gibt es ein Leben voller Wärme. Der Genosse Kampfmeyer sagt von der sozialdemokratischen Religion, sie bedeute Verweltlichung, also Wirklichkeitsstreben. Schau, schau! In Dingen, die in die Sphäre des Geistigen hinübertragen, wollen die Genossen verweltlichen um mit umso größerem Eifer andererseits, wenn es sich um durchaus reale Dinge handelt, von denen das kulturelle Vorwärtkommen, die wirtschaftliche Besserstellung des Arbeiters abhängt, dieses Wirklichkeitsstreben zu vergessen. Die ganze Lächerlichkeit des roten Zukunftsbildes tritt aber erst dann in die Erscheinung, wenn wir sehen, daß die Genossen selbst durchaus nicht von kapitalistischen Umwandlungen frei sind, und einzelne ihrer Vertreter den ausgesuchten Lebemännern erfolgreich Konkurrenz machen. Immerhin können sie noch in Volksversammlungen gegen den Kapitalismus zu Felde ziehen, dessen Spuren im Militarismus und überall dort, wo man angeblich die Arbeit der Nation zu schätzen vorgebe, sich am schrecklichsten zeigen.

Der Gedanke, daß der letzte Arbeiter auch tagtäglich als ein Glied im Volksgangen an den Segnungen der staatlichen Organisation teilnimmt, daß Ansprüche an eine verfeinerte Lebensweise nicht zuletzt durch den kostspieligen Apparat unserer modernen Verkehrsmittel verwirklicht werden können, darf im Klassenkämpferschen Genossen nicht aufkommen. Er mühte sonst zugeben, daß es unmöglich ist, dieses weitverbreitete Netz kapitalistischer Weltwirtschaft zu zerstören, ohne die Gefahr einer unübersehbaren Rückwärtsentwicklung unserer verwöhnten Lebenshaltung heraufzubeschwören.

Sache der Arbeiter ist es, sich den Anteil an der Produktion zu sichern, der die zur Befriedigung ihrer leiblichen und geistigen Interessen erforderlichen Mittel schafft.

Darum haben sie sich zusammengeschlossen, um nach dieser Richtung je länger, desto zielbewußter zu arbeiten, ohne sich dabei mit dem Gedanken der Unterdrückung anderer Stände vertraut zu machen, wie das von der Sozialdemokratie programmatisch geschieht.

Die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften müssen allerdings den Gevorden des Klassenkampfes folgen, deren Parole nicht Gleichberechtigung, sondern abermals „Vorherrschaft“ lautet und damit eine alte Ungerechtigkeit durch eine neue Ungerechtigkeit ersetzen will.

Wir freuen uns, daß die Auswüchse des manchesterlichen Wirtschaftsprinzips durch das Gegenwärtige der organisierten Arbeitermassen und eine sozialreformatorische Gesetzgebung abgeschwächt sind. Wir sehen aber auch die mannigfachen Vorteile allgemeinkultureller Arbeit in dem Aufschwung der gesamten Lebenshaltung der Bevölkerung und sind ehrlich genug, dies anzuerkennen.

## Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 45. **Wochenbeitrag** pro 1911 fällig.

Die Vertrauensleute und Ortstaschierer seien wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß im 4. Quartal der Delegiertenbeitrag erhoben werden muß. Im Verzögerungsfall geht jeder Anspruch auf Unterstützung verloren. In mehreren Orten sind Lohnbewegungen im Gange. Ehe eine Stellung in einem anderen Orte angenommen wird, ist genaue Erkundigung bei der örtlichen Verwaltung einzuholen.

Die Bewegung im Steinbrudergewerbe ist unverändert. Die betroffenen Betriebe bleiben gesperrt. Die weitere Sperrung der Firma Rißarth in M. Gladbach ist zwecklos, da die „Genossen“ dort die durch den Streik freigeordneten Blöcke nicht nur mit rotem Arbeitswilligen besetzt haben, sondern auch deren Angehörige vom „Lathollische“ Verleger liebevoll untergebracht wurden.

Vom Gesamtverband wird demnächst ein **Jugendflugblatt**

herausgegeben. Wir bitten die einzelnen Zahlstellen-vorstände, uns die Zahl der benötigten Exemplare ungefähr anzugeben. Zur planmäßigen Bedienung derselben sollen alle Mitglieder, besonders die jugendlichen Mitglieder selbst herangezogen werden.

Bestellungen von Jahrbüchern wollen baldigst erfolgen. Entbehrliche Nummern der letzten Zeitung (No. 22) bitten wir uns einzuliefern.

Der Zentralvorstand  
J. A.: Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen Gelder und Abrechnungen für das III. Quartal 1911 bis 6. Nov. ein: Freiburg, Köln, Würzburg, Weilbrunn, Karlsruhe, Hagen, Leipzig, Wiesbaden, Dresden, Hoffmangtal, M. Gladbach.

Peter Suppers, Zentralkassier  
Göln-Ripper, Hartwigstr. 63.

## Die Stellungnahme der Prinzipalität beim Tarifabschluß in Regensburg.

Der im Jahre 1907 getätigte Tarifabschluß für das Buchbindergewerbe in Regensburg sollte erneuert werden. Ordnungsgemäß wurde von den Arbeitnehmungsvertragskontrahenten „**Graphischer Zentralverband**“ und „**Deutscher Buchbinderverband**“ ein neuer Vertrag entworfen, ausgearbeitet und nach Annahme durch eine allgemeine Verfasserversammlung der Prinzipalität unterbreitet. Diese Antworthaben, soweit die größeren Firmen (Verlagsverhältnisse) in Frage kamen, mit einem Gegenentwurf und stellen Verhandlungen in Aussicht. Die katholischen Verleger machten außerdem die überaus große Mitteilung, daß Verhandlungen nur mit Vertretern des christlichen Verbandes und ein eventueller Neuabschluß nur mit diesen erfolgen könne. Die Verhandlung der gemeinschaftlichen Tarifkommission leitete den einstimmigen Beschluß: Ablehnung der Prinzipalvorlage und Verhandlung auf Grundlage des eingereichten Entwurfs unter der bestimmten Voraussetzung auf Anerkennung bisheriger Vertragskontrahenten. Diese Antwort hatte zur Folge, daß sämtliche größere Firmen auf das bestimmteste schriftlich erklärten, nur mit der christlichen Organisation, dem Graphischen Zentralverband, zu verhandeln und einen Vertrag eingehen zu wollen. Der Vorsitzende unserer Zentralkasse, welcher gleichfalls Vorsitzender der Tarifkommission war, suchte dann persönlich die Prinzipale von jenen Vorhaben, die sozialdemokratische Organisation (Buchbinderverband) auszuscheiden, abzubringen, doch ohne Erfolg. Dem Buchbinderverband wurde der Verbandsvorsitzende Rloth-Berlin und von unserem Verbands-Zentralvorstand Hornbach-Göln zur Verfügung einer Einigung, d. h. Mitankennung des Buchbinderverbandes angeboten. Auch die Verände dieser scheiterten an dem Widerstand der Prinzipalität.

Von Prinzipalseite wurde erklärt, daß sie jahraus und ein von der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften bekämpft und verteidigt werden und demzufolge ihnen nicht zugunsten werden könne, mit ihren Gewerkschaften ein freundschaftliches Verhältnis durch Tarifabschluß einzugehen. Der einstimmige Beschluß, die sozialdemokratische Organisation auszuscheiden, würde selbst durch eine allgemeine Wählerprobe nicht gebrochen werden können. Nachdem bereits ein Verhandlungstermin bestimmt war, wurde den Kommissionsmitgliedern des Buchbinderverbandes von unseren Kommissionsmitgliedern bedeutet, daß eine weitere Ablehnung von Verhandlungen den Streik zur Folge habe, ohne überhaupt noch Gelegenheit zu Verhandlungen zu bekommen. Ferner wurde diesen angeraten, bei den Firmen Wolf und Wang energische Schritte zur Ergründung der Anerkennung einzuleiten. Bei der Firma Wang faßt ausschließlich Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes in Frage. Zu einem selbständigen energischen Auftreten konnten sich die Herren aber nicht aufschwingen, sondern die Christlichen sollten gewissermaßen behufs Anerkennung ihrer Freunde in Rot, das Kriegsziel gegen die christlichen Verleger ausgraben. Zur Schutztruppe der sonst so großartigen Genossen waren unsere 150 Mitglieder an Ort gut genug, um das Kerkersteck zu wagern. Vom sozialdemokratischen Buchbinderverband werden 61 Mitglieder an Ort angegeben. Die Buchbinderinhaber erklärte auf Grund des eingereichten Tarifs nicht verhandeln zu können; will aber der Einführung von Stundenlohn das Wort reden. Es kommen bei den Jungen-

prinzipalen fast ausschließlich „frei“ organisierte Berufs-angehörige in Frage und es ist noch unentschieden, was geschehen soll. Infolge des unbefriedigten Verlangens der sozialdemokratischen Verbände wäre es unerantwortlich von den christlichen Vertretern der Kommission gewesen, wenn sie die angebotenen Verhandlungen ausgeschlossen hätten.

In fast mehr als fünfständiger Verhandlung wurde in der Hauptfrage folgendes erzielt:

Die monatliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden. Gehilfenlöhne nach 3½-jähriger Vertragszeit, im 1. Jahre 17 M., im 2. 18,50 M., im 3. 21 M., im 4. 24 M. und im 5. und darüber 25 M., ab 1. Juli 1914 25,50 M. Spezialarbeiter wie Presser, Vergolter, Goldschmittmacher, Marmorierer, Einzierer erhalten 2 M. mehr, dagegen Beschneider und Kartonnagenzuschneider nur 1 M. mehr.

Arbeiterinnenlöhne: Im 1. Berufsjahre 7,50 M., im 2. Berufsjahre 8 M., im 3. 10,50 M., im 4. 12 M. und im 7. Berufsjahre 13 M., ab 1. Juli 1914 13,50 M. Arbeiterinnen die beständig an der Falz- oder Setzmaschine beschäftigt sind, sowie Goldausträgerinnen 1 M. mehr. Zuschläge pro Stunde 3 Pfg. mehr.

Hilfsarbeiterinnenlöhne: Nach einjähriger Tätigkeit im Berufs: Im 1. Lebensjahre 13 M., im 2. 14 M., im 3. 16 M., im 4. 19 M., im 5. 21 M., im 6. 23 M., im 7. 25 M., ab 1. Juli 1914 27 M. Anfänger erhalten in 1. Jahr 2 M. weniger. Soweit obige Lohnsätze erreicht sind, tritt eine Mindestzulage für Gehilfen vom 2 M., für Hilfsarbeiter 1,50 M. und für Arbeiterinnen von 1 M. ein. Am 1. Juli 1914 eine weitere Zulage von je 50 Pfg. Ueber die weitere Form des Tarifs, sowie über die Arbeitsbedingungen werden wir nach der Unterzeichnung näher zu sprechen kommen.

Der Tarif soll in Gültigkeit treten bei den Firmen: Friedrich Hüfner, J. Habbel, Leonhard Wolf, Verlagsanstalt vorm. J. G. Manz, Heinrich Schiele und Gebirder Habbel.

Diese Zugeständnisse wurden ehrenrührlich als äußerste Grenze auf Grund friedlicher Basis von den Prinzipalen bezeichnet und die Kommissionsmitglieder haben denselben letzten Endes mit Ausnahme einzelner Positionen, vorbehaltlich der Zustimmung der Mehrheit, zugestimmt.

Das Resultat der Verhandlungen wurde soeben den Vertretern des Buchbinderverbandes übermittelt und gleichzeitig eine allgemeine Verfasserversammlung zur Stellungnahme zum Entschieden einberufen.

Der Vorsitzende der Tarifkommission, Kollege Hann gab in dem am 23. Oktober stattgefundenen zur besuchten allgemeinen Verfasserversammlung einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen. Die Berichtserstattung geschah in einer durchaus objektiven Weise, ohne irgendwelche Schönfärberei zu betreiben. Ferner legte Kollege Hann der Allgemeinheit dar, wie die Ausgestaltung des Buchbinderverbandes vor sich ging und welche Schritte von unserer Seite behufs Mitankennung unternommen wurden. Herr Rloth-Berlin, Vorsitzender des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes, sprach als erster in der Diskussion und ging in längeren Ausführungen auf die Stellungnahme der Arbeitgeber ein, dabei die Schuld hauptsächlich den Vertretern der christlichen Gewerkschaften in die Schuhe schiebend. Nur Drohungen und alle möglichen sonstigen Anspannungen gestattete er sich gegen uns und glaubte damit die christlichen als Rufstörer für seine so „nutigen“ Genossen beizuschlagen. Insbesondere aus unserem Kampf gegen die Monopolisierung des Arbeitsnachweises zu Gunsten sozialdemokratischer Organisationen, sowie aus der Stellungnahme des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften gegen den bekannten Gedrucksapparatparagrafen des Buchbinderverbandes bei der vorletzten Tarifrevision, glaubte Herr Rloth Material schöpfen zu können, um uns des Widerspruches zu zeihen.

Durch die nachfolgenden Ausführungen unseres Kollegen Hornbach wurden die Genossen belehrt, daß die Vorwürfe gegen die christliche Organisation und deren Vertreter auf durchaus falscher Basis sich bemege. Die Stellungnahme der Arbeitgeber sei in keiner Weise durch die christliche Organisation beeinflusst, im Gegenteil, es sei mehr von uns gesehen um die Anerkennung des Buchbinderverbandes herbeizuführen, als bürgerliche hätte verlangt werden können. Von einem Arbeitsmonopol durch den zu tätigen Vertrag könne keine Rede sein, da er keine Bestimmung enthalte, monoch nur christlich organisierte beschäftigt oder eingestellt werden sollten. Der Vertrag sei in seinem formalen Inhalt Gemeingut sämtlicher Berufszugehöriger. Die Schuld, daß die christlichen Verleger sich weigern, mit dem Buchbinderverband abzuschließen, treffe einzig und allein die Sozialdemokratie und die mit ihr eng verquitten freien Gewerkschaften. Kollege Hornbach forderte Herrn Rloth auf, ihn nur einen sozialdemokratischen Drucker- oder Verlagebetrieb innerhalb Deutschlands zu nennen, in welchem nur ein einziger christlicher Organisationsvertreter beschäftigt werde. Die Antwort blieb aus! Ferner wies er an Hand von Beispielen nach, daß viele christliche Firmen in durchaus paritätischer Weise den verschiedenen Arbeiterorganisationen gerecht würden, was bei jenen, die irgenndwie Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten hätten, absolut nicht der Fall wäre. Wie ausgedacht man in jenen Betrieben, welche von sozialdemokratischer Vertretung abhängig sind verfährt, beleuchtete er an einem drastischen Beispiel aus seiner eigenen Praxis, wo man das auf Grund der Zeugnisse bereits getroffene Engagement wieder löste, weil er christlich organisiert war, und zum Schluß ausdrücklich erklärte, daß nur lang organisierte sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteimitglieder beschäftigt werden könnten. Die Drohung einer eventuellen Weigerung der Mitankennung der christlichen Organisation in Minorität bei Tarifbewegungen etc. lasse uns kalt, denn die Bewegung in Berlin, Leipzig und Stuttgart habe ja drastisch bewiesen, daß die Herren Genossen dort so sie die Macht haben, und schließlich noch Unterdrückung, im Prinzipalialager finden, dieselbe

rücksichtslos gegen uns gebrauchen. Er (Hornbach) habe geglaubt, daß Herr Rloth und seine Leute in der stattfindenden Versammlung durch ruhige sachliche Aussprache für vorläufige Verschiebung der Unterzeichnung des Vertrages und einen nochmaligen Versuch, die Prinzipale umzustimmen, plädierten; aber so sei man gekommen, um unsere Organisation und Mitglieder in nichtswürdiger Weise zu vernichten. Herr Rloth machte hierbei den Zwieschneid, daß er in seinen Ausführungen die Anregungen Hornbach im gleichen Sinne schon vorgebracht habe, wofür ihm von der übergroßen Mehrheit mit Recht zugeworfen wurde, daß dies nicht der Fall gewesen sei.

Durch die Ausführungen des nachfolgenden Diskussionsredners Heinz vom Buchbinderverband, der unserer Organisation am Orte Kampfunfähigkeit etc. vorwarf, entwickelte sich die weitere Aussprache in außergewöhnlicher Schärfe. Kollege Wegmann von unserem Verband warf mit Recht die Frage auf, ob denn die Genossen ein Recht hätten, von uns das Kerkersteck zu verlangen, da sie doch erst vor kurzem ein so „schönes“ Beispiel von „Solidarität“ in M. Gladbach an den Tag gelegt; und in so schmählicher Weise in den Rücken gefaßt seien. In entstellter Weise suchten die Genossenschaftsvertreter die berechtigten Rührungen der Kollegen Hann und Bockl betreffs schlechter Konjunktur in der Weise auszunutzen, indem sie veruchten, uns jeglichen Kampfwert abzusprechen. Herr Rloth suchte dann an Hand der Schröder'schen Lippenberichte in der Buchbinderzeitung den Streikbruch seiner Verbände in M. Gladbach gemüßmaßen wegzuliefern und gab sich des fetteren alle Mühe, um seine „mächtige“ Organisation von 80.000 Mitgliedern herauszutreiben, dagegen die unsrige um so gemeiner zu vernichten. Kollege Hornbach blieb ihm die Antwort nicht schuldig, sondern wies nach, daß nur seine eigenen Verbände in Regensburg Freiheit an den Tag legten, indem sie selbst in jenen Firmen, wo sie gemüßmaßen ausschließlich in Frage kommen, die Selbsthilfe vergaßen, dafür aber um so kräftiger um Hilfe bei den sonst so verpönten „Verbänden“ schrien. Mit aller Schärfe geignete er den wahren Sachverhalt über die Bewegung in M. Gladbach, dabei den Verecat, sowie die nichtswürdige Handlungsweise gewisser Druckzähler im rechten Licht hervorhebend. Unser Verband sei Gegner von einschichtigen Arbeitsmonopolen und habe weder bisher im Sinne eines Monopols gehandelt, noch solches anzuleben verucht. Die Ausschaltung des Buchbinderverbandes sei einzig und allein dem Willen der Prinzipale entsprungen und sei nur als Abwehr sozialdemokratischer Macht- und Brutalitätsstatist aufzufassen. Die Ausführungen des Kollegen Hornbach wurden von der übergroßen Mehrheit mit einstimmigem Beifall aufgenommen.

Der am Schluß von Herrn Rloth eingebrachte Antrag, die Fällung des Vertrags solange hinauszuschieben, bis auch der Buchbinderverband Anerkennung gefunden, wurde trotz demerlei Gegenrede von christlicher Seite einstimmig abgelehnt, und die bereits vereinbarten Normen des neuen Vertrags gegen wenige Stimmen angenommen. Durch das lange Hinausziehen dieses teils furchtbar verlaufenen Besanunung haben insbesondere viele weibliche Mitglieder schon vor Beendigung den Saal verlassen. Nach einer kurzen scharfen Resolutionsdebatte des Ganges wurde die Besanunung durch den Vorsitzenden, Kollegen Hann, geschlossen.

Recht lächerlich nimmt sich der in allen sozialdemokratischen Zeitungen erscheinende Korrespondenzartikel mit dem ominösen Titel: „**Katholische Verleger gegen die Sozialistische Freiheit ihrer Arbeiter**“ aus. Denn es ist für jeden sozialdemokratischen Schreiber klar, daß in sozialdemokratischen Betrieben nur rot organisierte beschäftigt werden. Bei Vergebung von Stellen wird dort ein was für ein Genosse selbst dann einen anderen Genossen vorgezogen, wenn er nach dem Verleger, oder überhaupt nicht vorgemerkt war.

Wir erinnern an das Monopol der Chemigraphen, nach welchem auch christliche Verleger gezwungen sind, nur rot Organisierte zu beschäftigen. Ferner an die Verträge der sozialdemokratischen Konsumvereine, die ebenfalls nur rot Organisierte beschickigen. Ferner ist bekannt, daß einzelne katholische Verleger sich weigern, christlich-organisierte Buchdrucker zu beschäftigen, weil sie befürchten, daß der Druck der Genossenschaftsbücher, in deren Brutalität, in diesem Falle ohne Gefahr und Nachteile im Betriebe nicht möglich sind. Nun, weil auch die Genossen aufgrund ihrer eigenen Tatut, und zwar hauptsächlich deswegen, weil sie jahraus und ein christliche Verleger mit Schmutz besetzen, die Freundhaftigkeit notwendig vermindern. Es geht nicht um Verträge. Daher kein Vertrag, das man es gerade im Mannglich Betrieben in Regensburg wo die Genossen schon seit Jahren dominieren, trotzdem der Buchbinderarbeiterschaft christlich organisiert ist, bis vor nicht allzulanger Zeit nicht fertig brachte. Arbeitslose dort unterzubringen, die der christlichen Organisation angehören. Dieses Monopolverhältnis, das ohne Vorwissen der Firmeninhaber rücksichtslos von Genossenschaftlern ausgenutzt wurde, ist gebrochen und deshalb großes Jammer und Klagen. Die gefürchteten Genossen mühen sich für das vermeintliche Unrecht, das ihnen zugefügt wurde, bei denen beschweren, die es ihnen zugebracht haben.

Heilige Herrmandat, hilf!

## Die religiöse Neutralität der „freien“ Gewerkschaften.

Die innige Lebensgemeinschaft zwischen der sozialdemokratischen Partei und den sogenannten „freien“ Gewerkschaften ist eine Tatsache, die sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit tagtäglich offenbart. Trotzdem wird noch immer

gegenüber den christlich-gesinnten Arbeitern, besonders den jugendlichen, die dreiste Lüge von der religiösen Neutralität vorgebracht. Da kann man hören: wir halten niemanden ab, seinen kirchlichen Verpflichtungen nachzukommen, o nein, wir wollen nur die Mißstände rügen, die von den Organen der Kirchen verschuldet sind. Religion — das haben auch wir, und es ist uns fern gelegen, einen wirklich religiösen Menschen seiner Ueberzeugung wegen zu verhöhnen. Dann nennt man auf die sozialdemokratischen „Theologen“ die eine „edlere“ neue Religion zugunsten einer naturgemäßen Denkweise erfinden haben oder gerade entdecken. Mit derartigen taktischen Manövern kann man auch — wir sehen es ja oft genug mit Webauern — die religiös-indifferenten, die ihre christliche Ueberzeugung nur ererbt, aber nicht erworben haben, für die Zwecke der roten Sache gewinnen und mit vermishtem Lächeln begleiten die klugen Genossen das Ergebnis ihrer schätzbaren Experimente.

Mit genug ist die Charakterlosigkeit einer derartigen Agitationsweise getraut worden, aber was stört das einen zielbewußten Genossen?

Wie die Sozialdemokratie über die christliche Religion denkt, das haben uns deren Führer so deutlich und offenerherzig ausgesprochen, daß man gegenüber der Heuchlermethode der berechnenden Agitatoren nur diese Aussprüche zu zitieren braucht, um ihnen das Handwerk der Lüge als solches zu erweisen. Nachstehend einige Proben sozialdemokratischer Verlautbarungen über Religion und Christentum:

„Die Unterweisung der Kinder mit religiösen Dingen zu verweigern ist ein grundsätzlicher Fehler. Die Mitwirkung kirchlicher Kräfte beim Unterricht ist deshalb unzulässig, die religiöse Unterweisung der Kinder, soweit eine solche von der Familie für nötig gehalten wird, ist vom Schulpflicht auszuscheiden.“ (Rundschau, 1. April 1902.)

„Wir sind gegen alle Autoritäten, gegen die himmlischen wie gegen die irdischen, die Sie uns gegenüberstellen, mit denen Sie bisher die Waffen am Vorkriegsführer haben und noch zu führen versuchen.“ (Vebel am 3. Februar 1893 im Reichstag.)

„Auf dem Lande kommen wir mit der Religion am besten voran, wenn wir sie ganz aus dem Spiele lassen.“ (Protokoll des Parteitagess zu Halle.)

Die Lumpengeellschaft weiß warum!

„Mit Recht sagt Yves Guyot über das Christentum: Diese Lehre, die mitten in die barbarische Gesellschaft trat, hat die Fesseln der persönlichen Knechtschaft enger geschmiedet. Das Christentum hat die Wälder auf den Dach geworfen. Man geht nicht aufrecht auf allen vier Beinen hin. Der Christ darf den Kopf nicht frei und hoch tragen.“ (Sozialistische Monatshefte 1902, S. 128.)

Ueber den Katholizismus äußert sich Vebel folgendermaßen:

„Der Ultramontanismus, als Repräsentant eines Religionsystems, ist wie jedes Religionsystem, seinem Wesen nach reaktionär. Zurückhaltung der Bildung, Geminnung der Erkenntnis ist das Lebensprinzip des Ultramontanismus in noch weit höherem Grade wie bei dem Liberalismus. Der Liberalismus muß, weil die Fortentwicklung seines humanistischen Systems darauf beruht, die Bildung wenigstens bis zu einem gewissen Grade pflegen. Die Ausbreitung und Ausnützung der Naturwissenschaften kann er nicht entbehren. Der Ultramontanismus muß auch diese Fortschritte fürchten, weil sie das Denken befördern.“ (Vebel, Parl. Tätigkeit 94 f.)

Damit aber nicht etwa die Protestanten glauben, sie hätten gegenüber den Ultramontanen den Vorzug, sagt er an einer anderen Stelle:

„Ueberhaupt ist zu bemerken, daß der Protestantismus keinen Vorzug vor dem Katholizismus besitzt. Die Irreligiosität des Mutterkammes, der katholischen Kirche, liegen in allen Abarten und hießen sie dem Fortschritt der Menschheit feindlich gegenüber.“ (Vebel a. u. D. 14.)

Von Luther denkt er auch nicht viel Gutes, denn: „Luther war sein Leben lang ein bornierter Paff, dem alle politischen Bestrebungen ferne lagen, der gar kein Verständnis dafür hatte.“ (Vebel, Glossen, S. 13.)

Die Tatsache, daß das Christentum doch viel Gutes im Laufe der Jahrhunderte geschaffen hat, ignoriert derselbe Dreckslermeister wie folgt:

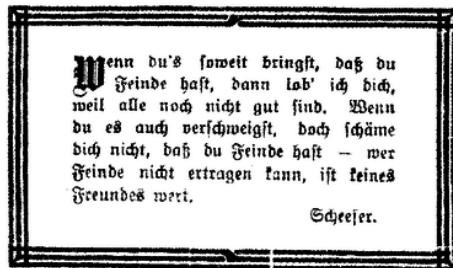
„Das Gute, das während der Herrschaft des Christentums entstanden, gehört ihm nicht, und das viele Ueble und Schlimme, das es gebracht, wollen wir nicht, das ist mit zwei Worten unser Standpunkt.“ (Vebel, Christentum und Sozialismus 15.)

Einige Genossen, an deren Spitze Mautenbrecher und Kampfmeyer, wollen eine gewisse Religionsform doch erhalten wissen, und der Menschheit plausibel machen, daß auch die Genossen eine — und zwar die einzig-wahre Religion haben — aber der allwissende Vebel, das Haupt der sozialistischen Syder, belehrt diese „Religionsucher“ folgendermaßen:

„Die letzte sich vorbereitende große soziale Umgestaltung unterscheidet sich aber von allen ihren Vorgängern dadurch, daß sie nicht nach neuen Religionsformen sucht, sondern die Religion überhaupt negiert, und daß, indem sie als ihr Ziel die Vernichtung aller Herrschaft auf ihre Fahne geschrieben, sie alle Formen dieser Herrschaft, also die sozialen wie politischen und religiösen, zu beseitigen trachtet.“ (Vebel, Glossen 27 f.)

Das ist aufrichtig gesprochen, und die Genossen folgen getreulich den Spuren Vebels, wie wir jeden Tag an den Arbeitsplätzen erfahren können. Die verschiedenen Gewerkschaftsblätter überbieten sich geradezu darin, in diesem Sinne auf ihre Leser einzuwirken und die „Buchbinderzeitung“ im besonderen bringt fast in jeder Nummer den Haß gegen Alles, was mit dem Christentum zusammenhängt, zum Ausdruck.

In Bezug auf die Religion kennt sie nur ein Ideal: Deren Vernichtung!



### Ein Streifbruchverteidiger.

In No. 44 der Buchbinder-Zeitung spielt sich der Buchdrucker und Vorstehende der Zahlstelle des roten Buchbinderverbandes auf und sucht durch allerlei Fantastik und Schwindel unserer Organisation und deren Führer die Schuld des für uns so unglücklich ausgegangenen Streiks in die Schuhe zu schieben. Wir können von dem früher geschriebenen nichts zurücknehmen. Nur die Behauptung, Herr Schröder sei gleichfalls Vorstehender des roten Buchdruckerverbandes hat sich als nicht den Tatsachen entsprechend herausgestellt. Wenn wir nun ebenfalls keinen Buchbinder an der Spitze unserer Zahlstelle in M.-Gladbach haben, so sieht doch fest, das derselbe beruflich zu unserem Verbands zählt und zufolge Wahl den Posten ehrenamtlich bekleidet. Dagegen im gewerkschaftlichen Lager hat niemand den Mut, die Eigenschaften eines Vorstehenden auszuüben. Ferner hatten doch die roten Buchdrucker sowie auf Selbständigkeit, und heulen, wenn die christlichen Gewerkschaften aus Nichtbuchdruckerreisen für den Untenberghaus eintreten. Also wollten auch wir nur andeuten, daß ein Buchdrucker der Inspirator von verschiedenen sozialdemokratischen Korporationen ist.

Wenn Herr Schröder seinen vermeintlichen Zertum über den Beginn des Streiks auf nicht rechtzeitige und unverbindliche Föderalerei zurückführt und damit den Beweis seiner Unschuld führen will, so können wir ihm nur immer wieder sagen, entweder seine Untertanen haben große Pflichterfüllung an den Tag gelegt, oder er selbst hat sich weniger für einen siegreichen Kampf, desto mehr aber für eine Niederlage der christlichen Organisation interessiert.

Es ist uns viel zu viel Mel, nochmals des näheren auf die Bewegung einzugehen. Doch läßt sich uns verpflichtet, der „Buchbinderzeitung“ und ihren Inspiratoren von M.-Gladbach folgendes ins Stammbuch zu schreiben: Die Bewegung der Goldschmittlager in M.-Gladbach war eine berechtigte und geschah zum Ausgleich durchgeführter Verschlechterungen und endete mit dem vollen Zugerkündnis der materiellen Forderung leitens des Firmeninhabers. Die Strecker als christlich Organisierte waren nicht in der Lage, sich des Erfolges zu freuen, weil sozialdemokratisch-organisierte Aushöler in ungewissen ihre Streken besetzt hatten. Selbst wenn die arbeitswilligen Mitglieder des roten Buchbinderverbandes keine genaue Kenntnis von dem Streik hatten, so find sie durch die vor dem Betriebe gestandenen Streikposten aufgeklärt worden und mer trotzdem als organisierter Arbeiter in solchen Fällen die Arbeit aufnimmt, der kann nicht anders, als ein Verräter und Gedächter bezeichnet werden. — In einer anständigen Organisation schließt man solche Leute aus, im Buchbinderverband nimmt man sie liebevoll in Schutz und ausgerechnet ein Buchdrucker spielt sich als ihr Anwalt auf. Ja, es ist zum Lachen! Mühten doch die letzten Anbittlinge in der Privatwohnung des Buchbindereleiters vorpresden und nachdem sie über den Streik aufgeklärt und ihre Zugehörigkeit zum roten Verbands mitteilten, da schickte man sie mit Seelenruhe zum Ortsvorstehenden Herrn Schröder und die Sache klappte. Ja, wenn solches von christlicher Seite je vorgekommen wäre, dann hätte die ganze sozialdemokratische Presse einen organisierten Streifbruch zu berichten gesucht, den Strategen des Ganges hätte man mit dem bekannten Titel „Streifbruchverurteiler“ charakterisiert.

Die Mär von dem Herausnehmer sämtlicher roten Verbändler (sämtliche sind 3 Mann auf der Gegenseite) wenn wir ebenfalls unsere Deute herausgenommen hätten, klingt sehr billig. Aber wir hatten keine Lust, uns noch mehr Verräter an den Hals zu laden. Uns ist noch selten so viel Schwindel unter die Augen gekommen als in dem Schröder'schen Abgerangout in No. 44 der Buchbinderzeitung enthalten ist. Eine Mär ist die andere ab, dabei trotzend von Gemeinheit, jedoch auch wir und schließlich hemüßig fühlen, eine etwas bessere Sprache zu führen, die dahin ausklingt: Der sozialdemokrati-

sche Buchbinderverband hat durch sein verräterisches Handeln den Streik annichte gemacht und Herr Schröder als Anwalt von Streifbrechern ist reich bei der Garbe von Vebius höhere Anstellung zu erhalten.

## Rundschau.

### Das Urteil im Wolf-Prozess.

Vor dem Duisburg-Muhrorter Schöffengericht spielte sich am 23. und 24. Oktober ein sensationeller und bedeutsamer Prozeß ab. Angeklagt war der frühere christliche Gewerkschaftsbeamte Johannes Wolf, der nach seiner Entlassung aus den Diensten der christlichen Gewerkschaften eine Schmähschrift herausgegeben hatte, worin schwerwiegende Verdächtigungen und Beleidigungen gegen die führenden Personen des Verbandes der christlichen Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter enthalten waren. Die Herren Oswald (erster Verbandsvorsitzender), Tremmel (zweiter Vorsitzender) und Harter (Kassierer) hatten dieserhalb gegen Wolf Klage erhoben. Das am 31. Oktober verkündete Urteil lautete dahin:

Wolf wird zu 400 Mark Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis verurteilt; ferner zur Tragung sämtlicher Kosten und Veröffentlichung des Urteils in folgenden Zeitungen: „Gewerkschaftstimme“, „Proletarier“, „Militärarbeiter“, „Korrespondenzblatt“, „Königliche Volkszeitung“, „Münchener Post“, „Bayerisches Wochenblatt“, „Beobachter am Main“, „Fränkische Post“ und „Niederheinische Arbeiterzeitung“ und Einziehung der Broschüre und Vernichtung der Platten.

Die Widerklage Wolf gegen Oswald wird kostenpflichtig abgemiesen.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß nur deshalb von einer Gefängnisstrafe abgesehen worden sei, weil Wolf noch unbestraft wäre. Der von ihm versuchte Wahrheitsbeweis sei vollständig mißlungen. Wahrung berechtigter Interessen könne ihm nicht zugestanden werden. Es gehe vielmehr aus dem ganzen Inhalt der Broschüre hervor, daß es Wolf nur darum zu tun war, den Zentralvorstand resp. die betreffenden Personen herabzusetzen und zu verdächtigen. Mit Rücksicht auf die außerordentlich schweren Beleidigungen habe das Gericht auf die hohe Geldstrafe erkannt.

Durch die Verurteilung Wolfs ist die Sozialdemokratie moralisch mitgetroffen und an den Kranger gestellt. Die rote Presse hat die Verdächtigungen Wolfs gierig aufgegriffen und gegen die christlichen Gewerkschaften auszubenten versucht. Eine Anzahl sozialdemokratischer Redakteure sind dieserhalb schon zu beträchtlichen Strafen verurteilt worden. Sozialdemokratische Blätter geben Wolf bereitwillig ihre Spalten her, um seinen Verleumdungsfeldzug gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung fortzusetzen. Und im vorstehenden Prozeß waren Sozialdemokraten die eigentlichen Regisseure, die ihre Rolle als Meißtbeteiligte so offen spielten, daß der Verreiber des Privatklägers Oswald vor Gericht unter Beweis stellen konnte, daß der Prozeß von Sozialdemokraten geschoben würde und daß Sozialdemokraten dem Angeklagten Wolf den Rechtsanwalt gestellt hätten. So ist nicht allein Wolf, sondern in erster Linie die Sozialdemokratie durch das Ergebnis des Prozesses moralisch gerichtet. Als Trost bleibt ihnen nur der Gedanke, daß sie einander würdig sind.

### Den „roten“ „Leuerungspolitikern“ in's Stammbuch

Eine scharfe Kritik läßt der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Calmer im neuesten Heft der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Konjunktur“ (Nr. 4) an der agitatorischen Art und Weise, wie in den letzten Debatten des Reichstags von den sozialdemokratischen Rednern die Leuerungsfrage behandelt worden ist. Er schreibt hier u. a.:

Den Herren Politikern sind ja die Tatsachen, auf Grund deren sie ihre großen Reden halten, so selbstverständlich, daß sie gar nicht danach fragen, ob die Dinge auch wirklich so liegen, wie sie ihnen erscheinen. Noch weniger gehen sie in eingehender Weise auf die Ursachen der in Frage kommenden Erscheinung ein — das alles steht parteibogamatisch fest. . . . . Hauptächlich spielen statistische Ziffern und Berechnungen eine Rolle, deren Beweisraft um so größer erscheint, je übertriebener die Ergebnisse sich präsentieren. . . . . Und doch — das viele Ziffernmaterial hat recht wenig Wert, und seine Beweisraft ist arg schwach. Nicht daß wir die gegenwärtige Leuerung befechten wollen. Sie ist vorhanden, aber sie ist nicht in dem diebstah behaupteten Grade vorhanden. Ja, die Übertreibungen in der Öffentlichkeit haben die Leuerung erst richtig zunehmen lassen. Es sei hier nur noch an die Budgetpresse erinnert! Was wurde damals

nicht alles behauptet und statistisch nachgewiesen? Und heute stellt sich die ganze Bewegung als ein Fiskalgang der Spekulation heraus, dessen Kosten die Konsumenten tragen müssen. Wenn der Reichstag die pessimistische Stimmung der Konsumenten auch schwächer malt, als sie schon ist, dann ist es ja gar kein Wunder, daß die Preistreiberinnen noch weiter zunehmen und sich verschärfen. Je ungünstiger man die Marktstimmung für den Käufer schildert, um so teurer vermag der Verkäufer seine Waren anzu bringen. Die Politik freilich künftigen sich um solche Zusammenhänge zwischen Marktstimmung und Preisgestaltung nicht; mit solchen wirtschaftlichen Dingen kann sich die Politik doch nicht abgeben; sie hat höhere Zwecke zu verfolgen, namentlich da wir unmittelbar vor neuen Reichstagswahlen stehen, und die künftigen Register gezogen werden müssen. So habe, daß die Konsumentenmassen nur Worte hören, die sie vielleicht in vorübergehender Erregung verstehen, die aber die Verteuerung um keinen Deut zu verringern vermögen.

Diese Ausführungen treffen nicht weniger die sozialdemokratischen Abgeordneten als die sozialdemokratische Presse, auf Grund deren „Materials“ die ersten ihre Ärgernisse hielten, und die für diese die richtige „Stimmung“ vorbereitete hatte. Daß die Übertreibungen der sozialdemokratischen Blätter den „Fiskalgang der Spekulation“, wie Calwer sich ausdrückt, auf Kosten der Konsumenten erst recht erniedrigt haben: dieses Urteil eines trotz des Austritts aus der Partei der Sozialdemokratie immer noch nahestehenden Mannes verdient für alle Fälle festgehalten zu werden!

#### Der Düsseldorfer Krankenkassen-Skandal

hat sich in äußerst bezeichnender Weise weiter entwickelt. Bekanntlich versuchte die sozialdemokratische Presse die gerichtlich erwiesene sozialdemokratische Partei- und Günstlingswirtschaft mit dreifacher Stirne abzuleugnen oder sogar ins Gegenteil umzuwenden. Der Vorstand der Kasse erstlich eine öffentliche Erklärung, daß der Prozeß ein ganz falsches Bild der Zustände in der Krankenkasse ergeben habe und daß in einem neuen Prozeß die reine Wahrheit gerichtlich festgestellt werden solle. Von dem hier angeklagten Prozeß hört man jedoch nichts, trotzdem von christlicher Seite absichtlich neue Handhaben für eine Anklage geboten wurden. Ebenso ist es in der sozialdemokratischen Düsseldorfer Volkzeitung auffallend still ge worden.

Aber etwas anderes hat sich inzwischen ereignet. Infolge des Prozesses hat sich die Aufsichtsbehörde mit der Düsseldorfer Musterkasse — so wurde sie von der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung in Köln noch nach dem Prozeß bezeichnet — etwas näher befaßt. Und Mitte Oktober ist der Geschäftsführer Leuser, Obergewisse und Inhaber der Konzeption des Düsseldorfer sozialdemokratischen Volkshauses, ohne Kündigung entlassen worden. Der rote Krankenkassenjunker in Düsseldorf scheint mithin in Wirklichkeit noch schlimmer zu sein, wie durch den Prozeß bekannt geworden ist.

#### Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften

wird im Hinblick auf die kommenden Wahlen wieder besonders häufig angezwiffelt. Die sozialdemokratische Presse befragt dies übrigens gemohnheitsmäßig, um Zwietracht in der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu säen. Bemerkenswert ist, in welche Widersprüche sie sich dabei verwickelt. In der Regel heißt es in der sozialdemokratischen Agitation, die christlichen Gewerkschaften seien Schutzgruppen der Zentrumspartei, Zentrumsgewerkschaften, wie das abgeleitete Schlagwort lautet. Je nachdem es der sozialdemokratischen Taktik dienlich erscheint, hört man's aber auch anders. So schrieb die Düsseldorfer Volkzeitung Nr. 222, 1911: „Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Sozialistisch, nationalliberale und christlich-sozialantifeministische Arbeiterscharen gehören in genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an.“

Noch besser will es die Gemaniger „Volkstimme“ wissen, die am 26. September in einer Polemik gegen ein beiziges bürgerliches Organ schrieb: „Nun, daß die Hirsch-Dunderden eine Schutzgruppe der Freikämmer, die Christlichen die der Nationalliberalen bilden, das weiß das Volk so gut wie wir, es hätte auch gegen die Politik der (freien) Gewerkschaften nichts einzuwenden, wenn sie nationalliberal gerichtet wäre.“

Diese widerspruchsvollen Behauptungen seien nur nebeneinandergestellt und hinzugefügt, daß weder die eine noch die andere der Wahrheit entspricht. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre parteipolitische Neutralität bisher streng gewahrt und werden es auch in Zukunft tun. Sie sind von keiner Partei abhängig; ihren Mitgliedern lassen sie vollständig freie Hand, welchen bürgerlichen Parteien sie sich anschließen wollen. Von der Sozialdemokratie trennt sie allerdings eine tiefe Kluft, aber wie der Sozialistenführer Börsenroth sagte: eine ganze Weltanschaung.

#### Aus der Bewegung.

##### Tabakarbeiter-Aussperrung in Westfalen.

In Binde-Geversbergerlande sind seit zwei Wochen die organisierten Tabakarbeiter ausgesperrt.

Betroffen sind 1520 christliche und 6580 sozialdemokratische Mitglieder, zusammen also 8100 Arbeiter. Bemerkenswert ist, daß der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband die Aussperrung über alle Organisationen verhängt, ohne Rücksicht, welche Organisationen an dem Streik, der zur Aussperrung führte, beteiligt waren. Ein Beweis, daß es sich viel mehr um eine Anarcho-Maßregel der Unternehmer handelt, als um eine Abwehr. Verhandlungen, die geführt worden sind, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

#### Buchdruckerartier und christliche Gewerkschaften.

Zur jetzigen Situation im Buchdruckergewerbe nach dem Abschluß des Tarifs nimmt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nr. 12, 1911) in einem Leitartikel eingehend Stellung. Es erhebt ganz entschieden Protest gegen den brutalen Terror, den die sozialistische Verbände den „parteilichen“ Tariffunktionen betreibt. Nicht im Interesse der Tarifgemeinschaft, sondern im einseitigen Organisationsinteresse des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes sucht man die christlich-nationale Gewerkschaftsorganisation aus dem Tariffunktionen fernzuhalten und dadurch deren Entwicklung zu unterbinden. Dieser Zustand sei auf die Dauer unhaltbar.

Das Zentralblatt bringt eine Menge von Belegen und eine Anzahl Preßstimmen aus den verschiedensten Parteitagern an, die den Beweis dafür erbringen, daß die angebliche Neutralität des Buchdruckerverbandes eitel Gumbst, daß er ebenso wie die übrigen „freien“ Gewerkschaften auf Geheld und Verberb mit der Sozialdemokratie verbunden ist.

Trotzdem man also den sozialistischen Charakter des Buchdruckerverbandes nunmehr in den verschiedensten Parteitagen erkannt hat, wurde dem gleichen Verbande bei der diesjährigen Tariffreizeion wieder das moralische Monopol in der Tarifgemeinschaft, gegenseitig das Monopol in den Tariffunktionen eingeräumt. Wenn schon die Prinzipalität des Buchdruckergewerbes nicht mehr den Mut oder die Kraft hat, die primitiven Forderungen der Gerechtigkeit in der Tarifgemeinschaft des Buchdruckergewerbes zur Geltung zu bringen, so muß doch der Druck der öffentlichen Meinung entsprechend nachgeholfen werden.

Der „Sieg“ des Verbandes bei der letzten Tariffreizeion ist nur ein „Vghruszieg“, der gegenwärtigen Fansare des Buchdrucker-Torresponenten wird die Schamade wieder genau so folgen, wie dies 1906 gelegentlich der Schaffung und 1907 bei der Aushebung des Monopolvertrages der Fall war. Noch ein solcher Sieg und die Tarifgemeinschaft liegt in Trümmern. Wir müssen gestehen: wir hätten die Funktionen des Buchdruckerverbandes, die sich einbilden eine große Tat vollbracht zu haben, für größere Welter gehalten. Eine nationale Tarifgemeinschaft ist, wie die Verhältnisse in der deutschen Arbeiterbewegung nun einmal liegen, mit dem von dem Verbands der deutschen Buchdrucker betriebenen engherzigen Organisationsegoismus und brutalen Terror nicht zusammenzubringen. Diese Aufgabe wird in absehbarer Zeit dem feither von allen Seiten verhätschelten und dadurch veröhrnten Buchdruckerverbande zum Bewußtsein gebracht werden. Wenn dann die Scharfmacher und Feinde des Tariffunktionens diesen Kampf schmunzelnd zusehen und für ihre Bestrebungen daraus Kapital schlagen, so haben ihre unlieblichen Begleiterleistungen die „Strategen“ des Buchdruckerverbandes sich selbst zu zuschreiben. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist weder willens, sich von den Scharfmachern unterbrieten zu lassen, noch den sozialdemokratischen, brutalen Terror stillschweigend hinzunehmen. Die sind uns bewußt, daß wir mit dem Kampfe gegen die Ausmühle in der Tarifentwicklung dem Tariffunktionens an sich umso wirkungsvoller zur Ausbreitung verhelfen. Also: Bei Philipp! sehen wir uns wieder.“

Soweit das Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften. Gemäß dieser energischen Kampfanlage dürften noch erste Auswandereferenzen im Buchdruckergewerbe bevorstehen.

Die Bewegung im deutschen Steindrucker-gewerbe ist noch unverständlich. Die Prinzipale halten an der 53 stündigen Arbeitszeit fest und von Gehilfen-seite weigert man sich dem zustimmen. Der Schutzverband will nur unter der Voraussetzung, daß der 53 stündigen Arbeitszeit zugestimmt wird, zu Verhandlungen bereit sein. In ca. 30 Orten sind 5400 Gehilfen im Streik bzw. ausgesperrt. Bezüglich 1800 Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen.

Auf die Anwürfe der Graphischen Presse in dem Artikel „Stößen zur Bewegung“ wollen wir im besondern nicht eingehen. — Größern achte ich nur dem Schreiber der Graphischen Presse zugumessen, denn was wir verlangen ist billigerweise in anderen Berufen längst aufgefunden worden. Die man im roten Lager den Schwindel betreibt, ist insbesondere daraus zu ersehen, daß man von Nürnberg den Genossen vorwirft, wir hätten bloß ganze 3 oder 4 Mitglieder im Streik. In Wirklichkeit sind allein in Nürnberg seit Ausbruch des Kampfes 22 Gehilfen und Hilfspersonal als Mitglieder unseres Verbandes im Streik. Ferner haben eine Reihe unorganisierter Streikende um Anschlag bei unserer Organisation nachgeholt.

Der Antrag der Nürnberger Kollegen, uns in Orten wo mindestens 20 Mitglieder unseres Verbandes direkt an der Bewegung beteiligt sind, ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, ist von den roten „Leuten“ abgelehnt worden. Wir wollen vorerst die großen praktischen Zukunftsörter nicht besonders fördern, sondern den großen „Sieg“ abwarten und dann ausführlicher auf die ganze Angelegenheit zurückkommen. Interessant dürfte folgender Vorkommnis für unsere Mitglieder in Nürnberg sein. Bei einer Konstantkalt zogen es 14 Mitglieder des sozialdemokratischen Senefelderbundes vor, als Arbeits-

wilige stehen zu bleiben. Ihr Arbeitgeber setzte sie aber nach 14 tägigen Streik auf die Straße und der Senefelderbund schloß sie wieder liebevoll in seine Arme.

#### Aus den Zahlstellen.

Stuttgart. Unsere Zahlstelle erfreut sich im laufenden Jahre dank der Bemühung der beteiligten Kollegen eines erfreulichen Fortschritts. Wenn auch die Zahl der Mitglieder keine große ist, so kann doch konstatiert werden, daß das stetige Vorkünftommen zu weiteren Erfolgen Hoffnung gibt.

Bezüglich der Agitation unter der Jugend haben wir die Aufgabe zu verzeichnen, daß jugendliche Arbeiter unserer Branche dem sozialdemokratischen Terrorismus nicht Handhalten. Wer das Verhalten dieser Genossen in letzter Zeit bei verschiedenen Versammlungen kennen gelernt hat, muß zugeben, daß nur ernste christliche Charaktere dem Druck widerstehen können, der hier ausgeübt wird. Bezüglich des Besuchs der Versammlung muß darauf hingearbeitet werden, daß mehr auch unserer Branche nahestehende Berufe eingeladen werden, z. B. Postverwalter, Papierarbeiter, Steindruckler usw. Damit könnten sicher noch mehr Mitglieder gewonnen werden.

#### Soziale Wahlen.

Düren (Rhld.). Bei der am 27. Oktober getätigten Gewerbegerichtsmaß, die zum ersten Male auf Antrag der christlichen Arbeiterschaft nach dem Verhältniswahl-system getätigt wurde, erlangte die christliche Arbeiterschaft einen glänzenden Sieg. Mit 1580 Stimmen gegen 508 der vereinigten Sozialdemokraten und Hirsch-Dunderden erhielten sie von 12 zu vergebenden Stimmen 10. Die S.-D. gehen trotz des Wahlrückganges mit den Sozialdemokraten, vollständig leer aus, da ihre Kandidaten auf der Bündnisliste erst an dritter Stelle begannen. Wegen die letzte Wahl vom Jahre 1908 betrug die Steigerung der christlichen Stimmen 420, die der Gegenparte 96, die aber auf die Verteilung der S.-D. zurückzuführen sind. 1908 hatten die Sozialdemokraten den Kampf allein geführt. Jetzt ist für sie das Ergebnis vernichtend, anstatt Stimmenzugewinn, nagmen sie stellenweise sogar ab. In der Wahlstelle Birkelshof, wo sie glaubten eine kleine Hochburg zu haben, nur 22 Stimmen, 1 weniger wie 1908. Boden, das hat die Wahl bewiesen, werden sie nicht gewinnen, wenn alle so weiter auf dem Posten sind. Der Kampf wurde besonders in den letzten Tagen scharf, aber glänzend geführt.

#### Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

Augsburg. Jeden 2. Samstag im Monat im Verkehrs-tal der christl. Gewerkschaften.

Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd im Restaurant Vogel, Rüdigerstr. 16 in Barmen und Wstr. Wilms, Ludwigstr. 31 in Elberfeld.

Berlin. Mittwoch, den 15. Novem., abends 8 1/2 Uhr, bei Beuter Köpenickerstr. 62.

Bielefeld. Jeden 1. Freitag im Monat im christl. Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.

Bonn. Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale Blander, Clemens Auguststr.

Dresden. Samstag, den 11. Nov. punkt 8 Uhr, Bachbräu.

Düsseldorf. Samstag, den 11. Nov. Versammlung mit Vortrag. Alle erscheinen.

Egen. Samstag, den 11. Novem. 8 1/2 Uhr bei D. Eichhoff, Körnerstr. Sehr wichtige Tagesordnung. Keiner darf fehlen. Referent: Kollege Sehmeyer Köln.

Kempten. Samstag, den 11. Nov.

Köln. Samstag, den 11. Nov. mit Vortrag des Kollegen Anthonn im Dreick.

München. Samstag, den 18. Novem. im Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16. Vollglühiges Erscheinen erwünscht.

Münster. Samstag, den 11. Nov. bei Stegmann, Elemenstr., Vollglühiges Erscheinen Ehrenpflicht.

Nürnberg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobinerstraße.

Stuttgart. Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Galkhof zum Herzog Christoph, Christophstr. 11 p.

Würzburg. Am Dienstag, den 14. November.

Unsern lieben Kollegen  
German Wörner  
und seiner werten Frau  
Marie Gerstl

zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle München.

Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.  
Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarstr. 9.